

Neue Pläne für die Finanztransaktionssteuer sind zu schwach

Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Bischof Dr. Stephan Ackermann

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax gehört zu den Erstunterzeichnern der Kampagne ‚Steuer gegen Armut: Die Finanztransaktionssteuer‘, die von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis nach der Finanzkrise im Jahr 2008 die Besteuerung des Handels mit Finanzprodukten als ein wichtiges Instrument fordert, um den außer Kontrolle geratenen Finanzmarkt effektiv zu regulieren und die Menschen vor weiteren Finanz- und Wirtschaftskrisen zu schützen. Die Einnahmen dieser Steuer sollen zur Bekämpfung weltweiter Armut und der Folgen des Klimawandels eingesetzt werden. Anfang 2013 stellte eine „verstärkte Zusammenarbeit“ von 11 gleichgesinnten EU-Mitgliedsländern, darunter Deutschland, in Aussicht, Finanztransaktionen einschließlich des Handels mit Derivaten zu besteuern. Wegen unterschiedlicher Vorstellungen über die Ausgestaltung der Steuer verzögerte sich die Einführung jedoch.

Anlässlich des nächsten Treffens der EU-Finanzminister am 22. Juni 2018 drückt der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax seine Sorge um die Wirksamkeit einer abgeschwächten Finanztransaktionssteuer (FTT) aus, wie sie Bundesfinanzminister Olaf Scholz nun in Aussicht stellt.

1. Zehn Jahre nach dem Skandal um Lehman Brothers setzen Banken den Hochfrequenzhandel mit Finanzprodukten und Derivaten unverändert und ungehindert fort. Ebenso leben immer noch um die 800 Millionen Menschen in extremer Armut mit weniger als 1,90 USD Einkommen/Tag. Die Folgen des Klimawandels sind in den letzten zehn Jahren immer deutlicher geworden. Die Staatengemeinschaft ringt sowohl hinsichtlich der Armutsbekämpfung als auch beim Umgang mit den Klimafolgen, um die dafür nötige Finanzierung. Es ist nicht hinnehmbar, dass sowohl aus der Bankenkrise 2008 als auch den daraus entstandenen Hungerrevolten in vielen Städten der Welt scheinbar keine Lehren gezogen werden.
2. Erfreulicherweise gibt es seit Kurzem wieder Bewegung hinsichtlich der Finanztransaktionssteuer (FTT). Der neue Vorstoß von Bundesfinanzminister Scholz, der sich mit

Überlegungen von Präsident Macron deckt, greift jedoch zu kurz. Denn er bedeutet eine massive Abschwächung der Lenkungswirkung gegen ausufernde Spekulationen, die eine FTT im ursprünglichen Sinne hat. Eine Besteuerung des Aktienhandels ohne den Hochfrequenzhandel mit Derivaten erbringt auf der Ebene der EU 27 viele Milliarden Euro weniger jährlich für den EU-Haushalt, nämlich nur geschätzte 5 Mrd. gegenüber von der Europäischen Kommission ursprünglich geschätzten 35 Mrd. Euro für die „verstärkte Zusammenarbeit“. Etwa 95 Prozent der Umsätze mit Finanzprodukten entfällt auf den Handel mit Derivaten.

3. Die Neuaufgabe der Verhandlungen um eine FTT wird wiederum eine zeitliche Verzögerung von Jahren bewirken, wobei nicht vorhersehbar ist, ob alle 27 Mitgliedsstaaten tatsächlich eine Steuer befürworten, die direkt für den EU-Haushalt erhoben wird und damit den Einfluss der Nationalstaaten verringert. Damit drohen die bisherigen Bemühungen um eine Finanzmarktregulierung zu scheitern. Wir drängen daher darauf, den ursprünglichen Vorschlag der ehemaligen österreichischen Regierung für die FTT von 2013, der eine umfassendere Besteuerung z.B. auch von Derivaten vorsieht und der die Unterstützung von 11 EU-Mitgliedsstaaten gefunden hat, aufzugreifen und auf dem Wege der „verstärkten Zusammenarbeit“ voranzuschreiten.

Bonn/Trier, 21.06.2018